

Rente:	
Langes Arbeiten schlägt auf die Gesundheit	2
Sozialpolitik:	
Transatlantischer Sozialabbau	3
Verteilung: Reichtum hinter dem Schleier:	
Warum die Ungleichheit unterschätzt wird	4
Mitbestimmung: Selbst entscheiden motiviert	5
Gesundheit: Vertretung nützt Patienten	6
Mobbing:	
Aggression am Arbeitsplatz	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Binnennachfrage schützt vor Stagnation

Das IMK erkennt eine ganze Menge Anhaltspunkte, dass die Aussichten der deutschen Wirtschaft besser sind als die Stimmung.

Es ist nur eine kleine Entspannung. Aber dass es sie überhaupt gibt, ist bemerkenswert: Das Risiko einer Rezession in Deutschland ist zuletzt etwas kleiner geworden, signalisiert der Konjunkturindikator des IMK. Im September zeigte das Frühwarninstrument, das zahlreiche Daten zu Produktion, Finanzmarktrends oder Stimmungsindikatoren analysiert, ein Risiko von 20,5 Prozent an. Im Oktober sind es 18 Prozent. Zwar liegt auch dieser Wert gemessen am Durchschnitt der vergangenen anderthalb Jahre relativ hoch. Doch im Vergleich zu vielen Negativ-Nachrichten und Prognosen der letzten Zeit sehen die Forscher Grund für eine gewisse Gelassenheit.

Der Aufschwung in Deutschland habe einen binnenwirtschaftlichen Kern, und der sei bislang intakt, erklärt das IMK.* Die Beschäftigung werde 2014 und 2015 ebenso steigen wie Löhne und verfügbare Einkommen. Dazu trage auch der neue gesetzliche Mindestlohn bei. Die Arbeitslosigkeit geht laut IMK in kleinen Schritten weiter zurück. All das stabilisiere die Nachfrage und ermutige Unternehmen zu Investitionen. Und es ist die Voraussetzung dafür, dass die außenwirtschaftlichen Risiken – die anhaltende Schwäche vieler Euroländer, die Krisen um die Ukraine und im Nahen Osten – die Aufwärtsentwicklung bislang zwar bremsen, aber nicht stoppen.

So prognostiziert das IMK für 2014 und 2015 mit 1,5 und 1,9 Prozent ein höheres Wirtschaftswachstum als die Insti-

tute, die für die Bundesregierung die Gemeinschaftsdiagnose (GD) erstellen. Schauen man ins Kleingedruckte der GD, seien deren Annahmen für das kommende Jahr aber auch gar nicht so skeptisch, wie der Durchschnittswert nahelegt, betont Gustav Horn, der wissenschaftliche Direktor des IMK: „Über die einzelnen Quartale zeigt sich 2015 eine solide Aufwärtsbewegung.“ Deshalb sei auch nicht recht nachzuvollziehen, warum die Institute den gesetzlichen Mindestlohn für Wachstumsverluste verantwortlich machten.

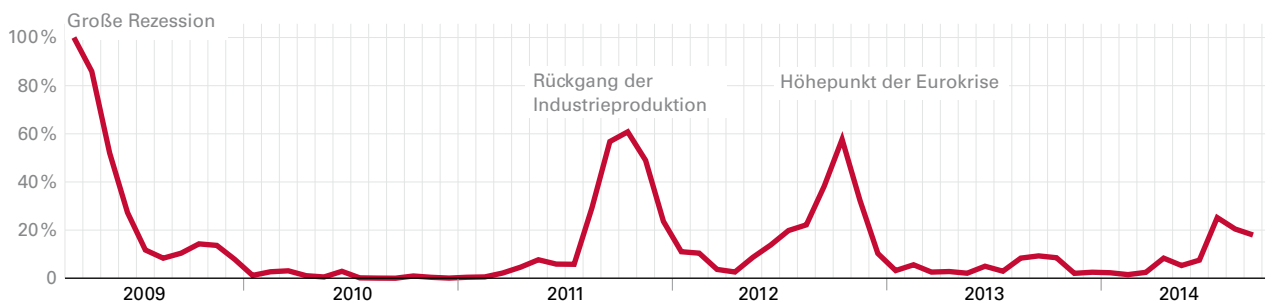
Trotz seiner positiveren Einschätzung sieht das IMK die Wirtschaftspolitik am Zug. Stabile Euroländer wie Deutschland sollten mit mehr öffentlichen Investitionen die Wirtschaft stimulieren, raten die Forscher. Ohne die Regeln der problematischen Schuldenbremse zu verletzen, könnte die deutsche Regierung dafür im kommenden Jahr 20 Milliarden Euro mobilisieren. Damit ließe sich auch der Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) mildern, mit neuen Ankaufprogrammen für verbrieft Kreditpapiere die Konjunktur im Euroraum anzukurbeln. „Wer nicht will, dass die EZB beim Kauf solcher ABS-Papiere Risiken eingeht, muss deren Geldpolitik fiskalpolitisch flankieren“, sagt Horn. ◀

* Quelle: IMK-Arbeitskreis Konjunktur: Der gefährdete Aufschwung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2014/2015, IMK Report 98, Oktober 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

IMK Konjunkturindikator: Kein Anlass zur Panik

Die Wahrscheinlichkeit, dass es in den nächsten drei Monaten zur Rezession kommt, betrug ...



Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Langes Arbeiten schlägt auf die Gesundheit

Beschäftigte, die früh in Rente gehen können, sind im Alter seltener krank und leben länger. Das zeigt eine schwedische Studie.

Der späte Ruhestand ist international auf dem Vormarsch: Um die Kosten des demografischen Wandels zu begrenzen, seien die meisten Industrieländer bemüht, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, so Daniel Hallberg, Per Johansson und Malin Josephson. Ob diese Bemühungen wirklich sinnvoll sind, halten die Ökonomen von der schwedischen Universität Uppsala allerdings für fragwürdig. Denn ein wichtiger Punkt

Die Auswirkungen dieses Programms haben die Ökonomen mit Hilfe von Daten des statistischen Zentralamts sowie der nationalen Behörde für Gesundheit und Sozialwesen untersucht. Dabei haben sie zwei verschiedene Kohorten von Armeeingehörigen verglichen: Zum einen zwischen 1938 und 1939 geborene Landesverteidiger, die von der Möglichkeit zur Frühverrentung profitiert haben, zum anderen Soldaten der Jahrgänge 1931 und 1932, die bereits vorher die reguläre Altersgrenze erreicht hatten. Als weitere Kontrollgruppen wurden zivile Regierungsbeschäftigte aus den gleichen Geburtsjahrgängen berücksichtigt.

Als unmittelbare Folge der Reform hat sich zunächst das Renteneintrittsalter massiv geändert: Über 60 Prozent der zwischen 1938 und 1939 geborenen Offiziere sind mit 55 aus dem Berufsleben ausgeschieden, bei den Jahrgängen 1931 bis 1932 waren es weniger als 10 Prozent. Als Indikatoren für das gesundheitliche Wohlergehen haben die Forscher zwei Maßzahlen betrachtet: Zum einen die durchschnittliche Zahl der Tage, die die untersuchten Personen im Alter zwischen 56 und 70 Jahren im Krankenhaus verbracht haben, zum anderen das Risiko, vor dem Ende des 71. Lebensjahrs zu sterben.

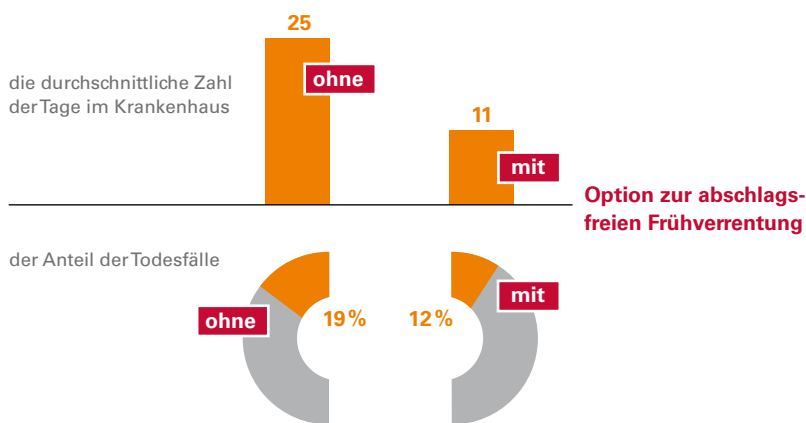
Was die Dauer von Klinikaufenthalten angeht, ist das militärische Personal der älteren Kohorte schlechter dran als die zivile Beamtenschaft derselben Jahrgänge. Bei der jüngeren Kohorte ist es umgekehrt. Das Gleiche gilt für den Anteil der Todesfälle. Demnach hätte

sich die Möglichkeit zur Frühverrentung positiv ausgewirkt.

Um sicherzugehen, dass tatsächlich das niedrigere Renteneintrittsalter für diese Entwicklung verantwortlich ist, haben die Autoren zusätzlich eine Analyse mit Kontrollvariablen durchgeführt. Dabei haben sie das Arbeitseinkommen mit 54 Jahren, die Schulbildung und den Wohnsitz berücksichtigt. Ihren Berechnungen zufolge sinkt die Anzahl der Tage in stationärer Behandlung durch Frühverrentung im Schnitt um 8,5 Tage. Die Zahl der Todesfälle nimmt im Untersuchungszeitraum um etwa ein Viertel ab. Vor allem das Risiko von tödlichen Herzinfarkten gehe zurück, stellen die Forscher fest. Sie erklären die positiven gesundheitlichen Auswirkungen eines frühen Renteneintritts damit, dass Ruheständler weniger Stress ausgesetzt sind. Dafür spreche auch die Tatsache, dass der Effekt bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen und mit geringem Bildungsniveau besonders stark ausgeprägt ist. Denn diese Gruppen seien am ehesten von besonders unangenehmen Arbeitsbedingungen betroffen. ◀

Frühe Rente verhindert frühes Ableben

So hoch war bei schwedischen Offizieren im Alter von 56 bis 70 Jahren ...



Quelle: Hallberg u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

werde oft übersehen: Sollte sich ein höheres Renteneintrittsalter negativ auf die Gesundheit auswirken, würden darunter nicht nur die Betroffenen leiden, sondern die steigenden Kosten für die medizinische Versorgung könnten auch die Einsparungen bei den Rentenzahlungen konterkarieren. Empirisch können die Forscher nachweisen, dass es tatsächlich gesünder ist, sich frühzeitig aus dem Erwerbsleben zu verabschieden.*

Bisher seien Studien regelmäßig zu dem Ergebnis gekommen, dass ein früher Ruhestand krank macht, schreiben die Wissenschaftler. Methodisch hätten diese Untersuchungen allerdings eine entscheidende Schwäche: Die Berechnungen würden dadurch verzerrt, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen oft der Grund für eine Frühverrentung sind und nicht die Folge. Hallberg, Johansson und Josephson versuchen solche Verzerrungen zu vermeiden, indem sie sich in ihrer Analyse auf die Folgen der schwedischen Armeereform von 1992 konzentrieren. Ziel dieser Reform war es, die Streitkräfte zu verjüngen und gleichzeitig Stellen abzubauen. Daher durften Offiziere zwischen 1992 und 1997 statt mit 60 bereits ab 55 Jahren ohne Abschläge in Pension gehen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Frührentnern mussten sie weder arbeitsunfähig sein noch gravierende Einkommenseinbußen befürchten.

* Quelle: Daniel Hallberg, Per Johansson, Malin Josephson: Early Retirement and Post Retirement Health, IZA Discussion Paper Nr. 8260, Juni 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Transatlantischer Sozialabbau

Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist amerikanischer geworden. Anders als in den USA gibt es allerdings nach wie vor den Rechtsanspruch auf ein staatlich garantiertes Existenzminimum.

Was den Sozialstaat angeht, bestehen nach gängiger Auffassung fundamentale Unterschiede zwischen Deutschland und den USA: In der einschlägigen Literatur stehe Deutschland stellvertretend für den Typ des konservativen Wohlfahrtsregimes, die Vereinigten Staaten hingegen verkörpern das liberale Modell, schreibt Martin Seeleib-Kaiser in den WSI-Mitteilungen.* Demnach vertrauen die Deutschen auf das Konzept der Sozialversicherung zur Statussicherung, die Amerikaner setzen dagegen auf private Vorsorge sowie auf bedürftigkeitsabhängige staatliche Maßnahmen. Der Politikwissenschaftler von der Universität Oxford hat untersucht, inwieweit die reale Entwicklung dies widerspiegelt. Seiner Analyse zufolge „lässt sich ein Konvergenzprozess zwischen dem konservativen deutschen und dem liberalen amerikanischen Modell feststellen“ – sprich: die beiden Systeme nähern sich einander an. Ein Unterschied bleibe allerdings bestehen: Mittellose im Erwerbsalter erhielten in den Vereinigten Staaten faktisch keine staatliche Unterstützung und würden systematisch kriminalisiert.

Seeleib-Kaiser unterscheidet in seinem historischen Überblick zwei Phasen. Bis Mitte der 1970er-Jahre – zu Zeiten des „industriellen Wohlfahrtskapitalismus“ – seien Sozialleistungen auf beiden Seiten des Atlantiks ausgebaut worden, in den USA vor allem in Form betrieblicher Zuwendungen. Zuzüglich der staatlichen Leistungen hätten amerikanische Arbeitnehmer in Schlüsselindustrien ein Niveau der sozialen Sicherung erreicht, das dem in Europa ungefähr entsprach.

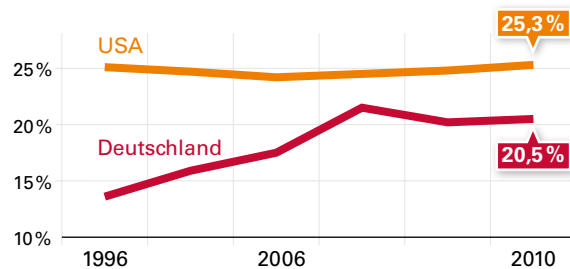
Bei gleichzeitig stabilem Wirtschaftswachstum ging die offizielle Armutsquote zwischen 1960 und 1975 von 22 auf 12 Prozent zurück. In Deutschland hätten zu dieser Zeit sowohl die Rente als auch die Arbeitslosenversicherung dem Prinzip der Lebensstandardsicherung entsprochen. Die Netto-Lohnersatzrente für Eckrentner, die 45 Jahre Beiträge bezahlt und durchschnittlich verdient haben, betrug 70 Prozent, etwa zwei Drittel der Arbeitslosen hatten Anspruch auf Leistungen in Höhe von 68 Prozent des letzten Gehalts.

Nach dem „Goldenen Zeitalter“ habe die Deindustrialisierung in beiden Ländern die Arrangements zur sozialen Sicherung untergraben, stellt der Autor fest. So sank die Reichweite der betrieblichen Altersversorgung in den USA zwischen 1979 und 2010 von 50,6 auf 42,4 Prozent. Zudem hätten sich die Modalitäten der Programme größtenteils geändert: Den meisten Beschäftigten würden nicht mehr bestimmte Auszahlungsbeträge garantiert, die Rentenhöhe hänge vom

Kapitalmarkt ab. Zugleich sei es zu Kürzungen bei den staatlichen Sozialleistungen gekommen, vor allem bei den Zuwendungen für Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose.

Vorbild Amerika?

Einen Niedriglohn erhielten von den Beschäftigten in ...



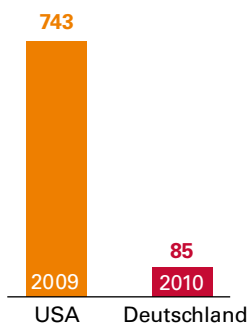
Quelle: Seeleib-Kaiser 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Noch tiefgreifender waren nach Seeleib-Kaisers Einschätzung allerdings die Änderungen am deutschen Modell. Da künftige Rentner nur noch mit einer Netto-Lohnersatzrate von 52 Prozent rechnen könnten und betriebliche Vorsorge in vielen Branchen wenig verbreitet sei, stehe ein Anstieg der Altersarmut zu erwarten. Infolge der Hartz-Reformen bezögen nur noch 40 Prozent der Erwerbslosen einkommensbezogene Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Von 13,6 Prozent auf über 20 Prozent habe in Deutschland zwischen 1996 und 2010 die Niedriglohnbeschäftigung zugenommen, die in den USA im gleichen Zeitraum stabil bei 25 Prozent lag. Insofern sei eine Annäherung an das amerikanische System deutlich erkennbar.

In einer Hinsicht unterschieden sich die beiden Länder allerdings nach wie vor grundsätzlich, urteilt Seeleib-Kaiser: Der deutsche Staat sei per Grundgesetz verpflichtet, das Existenzminimum aller Bedürftigen zu gewährleisten. Die USA dagegen hätten kein bedingungsloses bundesweites Sozialhilfeprogramm, die große Mehrheit der Langzeitarbeitslosen ohne Kinder habe keinerlei Zugang zu Transferzahlungen, sondern bekomme allenfalls Lebensmittelmarken. Die Folge: Über 10 Prozent der Amerikaner leben in extremer Armut, müssen mit weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens auskommen. In Deutschland trifft das auf etwa 4 Prozent zu. Darüber hinaus verfolge der amerikanische Staat eine Politik der „Kriminalisierung von Outsider“: Zuletzt waren in den USA von 100.000 Einwohnern 743 inhaftiert, in Deutschland waren es 85. Die soziodemografischen Merkmale der amerikanischen Gefängnisinsassen ähnelten denen der europäischen Langzeitarbeitslosen. Für viele sozialpolitische Outsider, so der Politologe, hat sich der amerikanische Wohlfahrtsstaat „in einen Strafstaat verwandelt“.

Strafstaat USA

Von 100.000 Einwohnern waren inhaftiert ...



Quelle: Seeleib-Kaiser 2014
© Hans-Böckler-Stiftung 2014

*Quelle: Martin Seeleib-Kaiser: Wohlfahrtsysteme in Europa und den USA: Annäherung des konservativen deutschen Modells an das amerikanische?, in: WSI-Mitteilungen 4/2014

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Reichtum hinter dem Schleier: Warum die Ungleichheit unterschätzt wird

Wie groß der Reichtum am oberen Ende der Verteilungsskala genau ist, lässt sich mangels verlässlicher Erhebungen kaum sagen. Sicher ist aber, dass der Abstand zwischen Arm und Reich wächst – was auf die Wirtschaft destabilisierend wirkt.

Große Ungleichheit ist nicht nur aus sozialer Sicht problematisch, sondern auch keine gute Voraussetzung für eine solide Wirtschaftsentwicklung: Einkommensschwache Haushalte und eine Mittelschicht mit stagnierenden Einkommen können nicht so viele Güter kaufen, wie für Vollbeschäftigung nötig wäre. Investitionen in neue Maschinen und Gebäude erscheinen deshalb nicht rentabel. So legen die Reichen ihr Geld eher an den Finanzmärkten an. Dieser „Überersparnis“ steht eine zunehmende Verschuldung unterer und mittlerer Einkommensklassen oder des Auslands gegenüber, erklären die IMK-Forscher Jan Behringer, Thomas Theobald und ihr Ko-Autor Till van Treeck, Professor an der Universität Duisburg-Essen.*

In beiden Fällen handele es sich nicht um nachhaltige Wirtschaftsmodelle. So sähen viele international führende Ökonomen die wachsende Ungleichheit als eine wesentliche Ursache für die große Rezession von 2008 und 2009. Daher sollte die Politik die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung genau beobachten, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Allerdings ist das leichter gesagt als getan. Denn die Datengrundlage ist dünn – besonders am oberen Ende der Verteilung. „Gewichtige Indizien“ sprechen dem IMK zufolge dafür, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland meist unterschätzt wird.

Das liegt zum Teil in der Natur der Sache und zum Teil an der gegenwärtigen Politik. Während sich der Umfang der Armut oder die Zahl der Besserverdiener mit groß angelegten Befragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) gut abbilden lässt, ist der extreme Reichtum schwer messbar. Denn er konzentriert sich auf eine sehr kleine, auf Diskretion bedachte Personengruppe, die von Bevölkerungsumfragen kaum erfasst wird. Selbst wenn es gelänge, Millionärs- und Multimillionärshaushalte repräsentativ zu erfassen, wäre fraglich, ob die Betroffenen ihr Einkommen und Vermögen korrekt angeben würden.

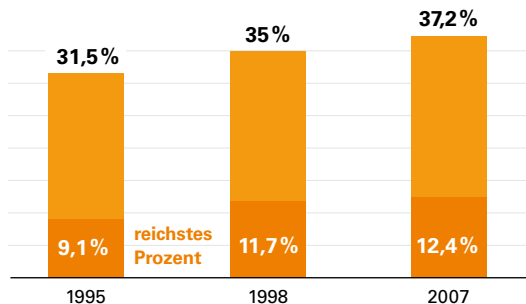
Verlässliche Informationen dürften sich eher aus Steuerstatistiken ablesen lassen, so die Wissenschaftler. Aber hier fehle es an aktuellen Zahlen: Die vom französischen Ökonomen Thomas Piketty und anderen auf Basis von Steuerdaten generierte World Top Incomes Database (WTID) nennt für Deutschland zuletzt Werte von 2007. Und auch eine Fortschreibung wird kein vollständiges Bild liefern: Weil hierzulande **keine Vermögensteuer** mehr erhoben wird, haben auch die Finanzämter den Überblick über die Besitztümer der Superreichen verloren. Selbst bei den laufenden Einkommen ist die Zuordnung zu einzelnen Personen oft nicht möglich. Denn seit Einführung der pauschalen **Abgeltungssteuer** brauchen die meisten Kapitalerträge nicht mehr in der persönlichen Steuerklärung aufgeführt zu werden.

Die unterschiedlichen Methoden liefern nicht nur unzureichende, sondern zum Teil auch widersprüchliche Daten über Entwicklungen im höchsten Einkommenssegment. So weisen Analysen mit dem SOEP in den 2000er-Jahren eine Zunahme der Ungleichheit aus. Dagegen konnten die höchsten Einkommensgruppen ihren Anteil am Kuchen laut WTID in Deutschland – anders als in den USA – kaum steigern.

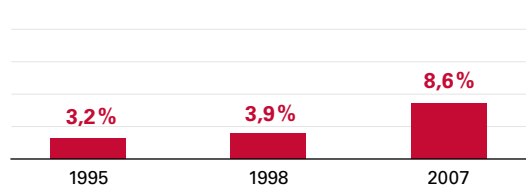
Das muss aber nicht heißen, dass der Prozess der Polarisierung zum Stillstand gekommen ist, betonen die IMK-Forscher. Sie vermuten vielmehr, dass die eher verhaltene Ausschüttungspolitik der Unternehmen in Deutschland die **Zunahme des privaten Reichtums verschleiern**. Angesichts fallender Lohn- und entsprechend steigender Gewinnquoten

Die Reichen werden reicher

Von den privaten Einkommen* flossen an das reichste Zehntel aller Haushalte ...



Dazu kommt der größte Teil der einbehaltenen Gewinne. Gemessen an den privaten Einkommen betragen sie ...



* vor Steuern; Quellen: Ameco, WTID; Berechnungen IMK 2014
© Hans-Böckler-Stiftung 2014

sei eine weitere Zunahme der Ungleichheit in Deutschland mehr als wahrscheinlich. Dies habe sich in den vergangenen Jahren aber nicht in den persönlichen Einkommen der Superreichen niederschlagen, weil das Geld häufig noch in den Unternehmen steckt. Anders als in den USA, wo größere Teile der Gewinne direkt an Aktionäre und Topmanager ausgezahlt wurden. Die einbehaltenen deutschen Unternehmensgewinne, argumentieren die Wissenschaftler, seien jedoch letzt-

lich den reichsten Haushalten zuzurechnen. Schließlich sind sie die größten Anteilseigner oder Firmeninhaber.

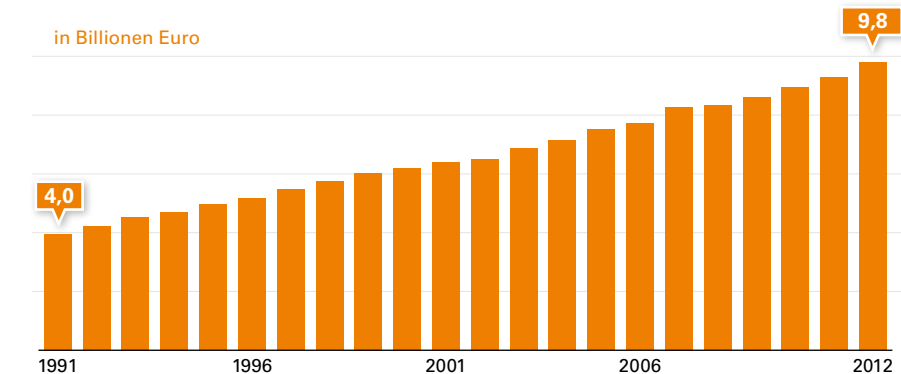
Das SOEP lässt in der jüngeren Vergangenheit zwar eine zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen erkennen. Bei den Vermögen hat sich der Statistik zufolge jedoch wenig getan. Allerdings ist dieser Befund laut IMK-Analyse nicht recht plausibel. So hat das Betriebsvermögen nach Angaben der befragten Haushalte zwischen 2002 und 2012 sogar abgenommen, was nicht mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übereinstimmt. Jedenfalls sei – auch im Einklang mit den Forschungsergebnissen von Piketty – viel eher damit zu rechnen, dass wachsende Ungleichheit bei den Einkommen auch zu mehr Ungleichheit bei den Vermögen führen wird. Mehr noch: Weil Bezieher hoher Einkommen mehr sparen können und die Kapitalrendite erfahrungsgemäß häufig über der Wachstumsrate der übrigen Einkommen liegt, könne man beinahe sicher mit einem weiteren Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich rechnen.

Hier gelte es gegenzusteuern, mahnen Behringer, Theobald und van Treeck. Immerhin habe die Politik den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität in früherer Zeit schon einmal verstanden: „In den

USA etwa erhöhte der Wealth Tax Act als Teil des New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt und als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 79 Prozent.“ In Deutschland wären nach Auffassung der Forscher heute zumindest die Wieder-

Vermögen: Stetiges Wachstum

So entwickelte sich das private Nettovermögen in Deutschland ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

eingührung der Vermögensteuer sowie die Abschaffung der Abgeltungssteuer geboten. Kapitalerträge würden dann nicht mehr pauschal, sondern progressiv – mit dem persönlichen Einkommensteuersatz – besteuert. ◀

* Quelle: Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht, IMK-Report 99, Oktober 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

MITBESTIMMUNG

Selbst entscheiden motiviert

Wer im Job mitbestimmen darf, ist produktiver. Darauf deutet ein ökonomisches Experiment hin.

Aus theoretischer Sicht spricht einiges dafür, dass Demokratie am Arbeitsplatz nicht nur Beschäftigten, sondern auch Arbeitgebern zugutekommt: Mitsprache sollte die Motivation und damit Leistung und Produktivität von Arbeitnehmern erhöhen, schreiben Philip Mellizo vom College of Wooster in Ohio sowie Jeffrey Carpenter und Peter Hans Matthews vom Middlebury College in Vermont. * Inwieweit diese Vermutung zutrifft, haben die US-Ökonomen experimentell untersucht. Der Vorteil dieser Vorgehensweise: Anders als bei Auswertungen von Unternehmensdaten, bei denen immer zahlreiche Faktoren zusammenspielen, lässt sich der gesuchte Effekt in einem Labor-Experiment leicht isolieren. Deshalb haben sich experimentelle Untersuchungen auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung etabliert.

Die 180 Versuchsteilnehmer wurden zufällig in Dreiergruppen eingeteilt und mussten als „Arbeitsleistung“ fünf Minuten lang Rechenaufgaben lösen. Für jedes korrekte Ergebnis bekamen die Gruppen einen Drittel Dollar gutgeschrieben. Die Aufteilung der Gewinne innerhalb der Grup-

pen erfolgte nach zwei verschiedenen Vergütungssystemen. Die Summe wurde entweder durch drei geteilt – oder die Auszahlung entsprach einer Turnierlogik: Derjenige mit den meisten richtigen Lösungen erhielt 60, der Zweitbeste 30, der Dritte 10 Prozent. Welches Entlohnungsschema zur Anwendung kam, wurde bei der Hälfte der Gruppen zufällig festgelegt. Die andere Hälfte konnte per Mehrheitswahl darüber abstimmen, hatte also Entscheidungsrechte. Dabei zeigte sich, dass diejenigen, die mitbestimmen konnten, mehr Anstrengung an den Tag legten und effektiver waren: Wenn alle übrigen Einflüsse herausgerechnet werden, erhöht die Wahlmöglichkeit die Zahl der gelösten Aufgaben um 7 Prozent und die Zahl der korrekt gelösten Aufgaben um 9 Prozent. Damit sei der Effekt keineswegs unerheblich, urteilen die Forscher. ◀

* Quelle: Philip Mellizo, Jeffrey Carpenter, Peter Hans Matthews: Workplace democracy in the lab, in: Industrial Relations Journal 4/2014
[Mehr Information unter boecklerimpuls.de](#)

Vertretung nützt Patienten

Wenn sich Krankenschwestern und -pfleger gewerkschaftlich organisieren, profitieren auch die Patienten: Laut einer US-amerikanischen Studie geht die Zahl der medizinischen Komplikationen zurück.

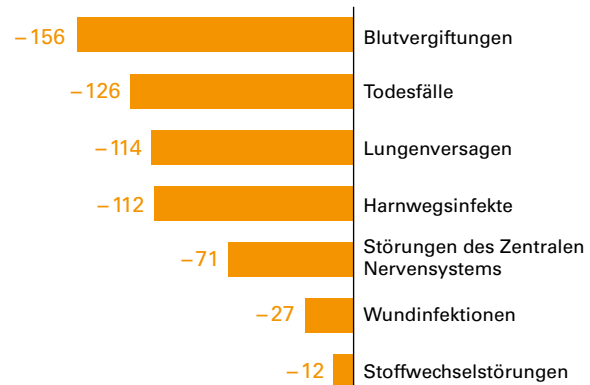
Gewerkschaften sind in erster Linie dazu da, sich für die Interessen von Arbeitnehmern einzusetzen. Wie sich dieser Einsatz auf die Arbeitsleistung auswirkt, haben Arindrajit Dube von der University of Massachusetts Amherst, Ethan Kaplan von der University of Maryland College Park und Owen Thompson von der University of Wisconsin Milwaukee am Beispiel von Krankenschwestern empirisch untersucht.* Das Ergebnis: Klinikbeschäftigte, die von einer Gewerkschaft vertreten werden, leisten bessere Arbeit, die sich positiv auf die Gesundheit ihrer Patienten auswirkt.

Das Pflegepersonal böte sich als Untersuchungsobjekt an, weil Kliniken gesetzlich verpflichtet seien, den medizinischen Zustand ihrer Patienten detailliert zu dokumentieren, schreiben die Ökonomen. Daher gebe es umfangreiche und verlässliche Informationen zu den Arbeitsergebnissen dieser Berufsgruppe. Für ihre Studie haben die Autoren einen amtlichen Datensatz ausgewertet, der die Entlassungsprotokolle sämtlicher Personen enthält, die zwischen 1998 und 2005 in einem kalifornischen Krankenhaus in Behandlung waren. Als Maßstab für die Arbeitsleistung der Krankenschwestern betrachten sie, wie häufig gesundheitliche Probleme auftreten, die nachweislich mit der Qualität von Krankenpflege zusammenhängen. Dazu gehören beispielsweise Blutvergiftungen oder Thrombosen. Als weitere Datenquelle dienten Aufzeichnungen des National Labor Relations Board, das für betriebliche Abstimmungen zur Zulassung von Gewerkschaften zuständig ist. Solche Abstimmungen sind in den USA vorgeschrieben, wenn sich Beschäftigte von einer Gewerkschaft vertreten lassen wollen. In 50 von 616 kalifornischen Kliniken haben entsprechende Wahlen stattgefunden, 39 waren erfolgreich.

Diejenigen Krankenhäuser, deren Beschäftigte sich für eine gewerkschaftliche Vertretung entschieden haben, schneiden

Bessere Pflege mit Gewerkschaft

Wenn in amerikanischen Kliniken eine Gewerkschaft zugelassen wird, ändert sich pro 100.000 Patienten* die Zahl der ...



*unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen
Quelle: Dube u.a. | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

bei der Patientengesundheit deutlich besser ab: Sie weisen laut Regressionsanalyse sowohl im Vergleich zu Betrieben, deren Personal nie abgestimmt hat, als auch zu Häusern, wo die Gewerkschaft gescheitert ist, bei 12 der 13 untersuchten Krankheitsbilder geringere Fallzahlen auf. Besonders ausgeprägt ist der positive Effekt bei Störungen des zentralen Nervensystems, deren Häufigkeit um mehr als die Hälfte sinkt. Stoffwechselstörungen gehen um mindestens 17 Prozent zurück. Der Qualitätszuwachs scheint im Jahr der erfolgreichen Wahl am größten, zugleich aber langfristig stabil zu sein. Das deutet auf einen kausalen Zusammenhang hin.

Als Erklärung für ihren Befund verweisen Dube, Kaplan und Thompson zum einen auf die höheren Löhne, die Gewerkschaften in der Regel durchsetzen und die zu mehr Motivation beitragen. Zum anderen dürfte auch das Gefühl, mehr mitbestimmen zu können, nach ihrer Einschätzung die Arbeitsmoral positiv beeinflussen. Zugleich sinke erfahrungsgemäß die Fluktuationsrate. Darüber hinaus seien Gewerkschaften oft in der Lage, Verbesserungen beim Personalschlüssel und der Arbeitsbelastung durchzusetzen. Dadurch hätten die Krankenschwestern mehr Zeit für den einzelnen Patienten und seien weniger erschöpft. ◀

* Quelle: Arindrajit Dube, Ethan Kaplan, Owen Thompson: Nurse Unions and Patient Outcomes, IZA Discussion Paper Nr. 8259, Juni 2014
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Was Krisenländer von Deutschland lernen können

Reformen nach deutschem Vorbild bringen mehr Beschäftigung – warum dieses Argument nicht überzeugen kann, erläutert der Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger:* Ein Zusammenhang zwischen Hartz-Gesetzen und Arbeitsmarkterholung sei kaum zu erkennen. Der hiesige Arbeitsmarkt ge-

höre noch immer zu den „am stärksten regulierten der Welt“, so Bofinger. Und auch der Einfluss auf die Arbeitskosten werde meist überschätzt: Die Jahre der Lohnzurückhaltung lagen zum größeren Teil bereits vor den Reformen. Aber wieso stieg die Arbeitslosigkeit in der ersten

Hälfte der 2000er-Jahre dramatisch und ging in der zweiten wieder zurück? Bofinger verweist auf die schwache Binnennachfrage nach der Jahrtausendwende – gerade eine Folge sieben Jahre schwacher Lohnzuwächse. Erst 2007 kam die Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen zum Stillstand. Die Folgen für

den Arbeitsmarkt waren positiv. Entscheidend seien zudem kürzere Arbeitszeiten gewesen. Nur in diesem Punkt könnten Europas Krisenländer tatsächlich von Deutschland lernen.

Peter Bofinger: Deutschland ist ein Vorbild für Europa, in: Die 10 Mythen der Eurokrise, Hrsg.: Henning Meyer, Andrew Watt, September 2014

Link zum Buch: boecklerimpuls.de

Aggression am Arbeitsplatz

Wie weit verbreitet sind Mobbing und Gewalt am Arbeitsplatz in Deutschland? Repräsentative Daten fehlen, mehr Problembewusstsein wäre wünschenswert.

Zu den vielen Widrigkeiten, die Arbeitnehmern den Job verleiden können, gehören Feindseligkeiten von Kollegen, Chefs oder Kunden. Die europäischen Sozialpartner haben 2007 beschlossen, gegen Aggressionen am Arbeitsplatz aktiv zu werden, und eine entsprechende Rahmenvereinbarung verabschiedet. Wie sich seitdem die Situation in Deutschland entwickelt hat, hat WSI-Forscherin Birgit Kraemer für die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) analysiert.*

Dass Gewalt und Mobbing gravierende Folgen haben können, sei empirisch überzeugend belegt, so Kraemer. Auf dem Spiel stünden nicht nur die Arbeitszufriedenheit und die Motivation, sondern auch die Gesundheit der Opfer. Etliche Befunde deuteten darauf hin, dass Druck am Arbeitsplatz in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielt: Zunehmender Stress dürfte nicht nur das Burn-out-Risiko erhöhen, sondern auch zu mehr Aggressivität beitragen. Wie viele Beschäftigte tatsächlich betroffen sind, sei dagegen schwer einzuschätzen, weil es kaum belastbare Daten gebe. Laut dem European Working Conditions Survey (EWCS) von 2010 leiden 17,4 Prozent der deutschen Arbeitnehmer unter feindseligem Sozialverhalten, mehr als im EU-Durchschnitt. Die EWCS-Ergebnisse seien allerdings nur begrenzt aussagekräftig, weil die Frage nach Aggressionen am Arbeitsplatz Interpretationsspielraum lasse, warnt die Soziologin. Es sei anzunehmen, dass die Differenzen auch nationale Unterschiede in der Sensibilität gegenüber körperlicher oder seelischer Gewalt widerspiegeln.

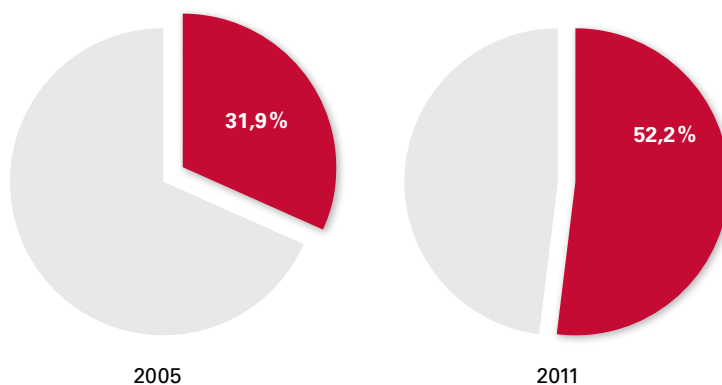
In Deutschland sei die Datenlage – anders als in manchen anderen Mitgliedsstaaten – bislang gänzlich unzureichend. Repräsentative Daten zu Mobbing seien über zehn Jahre alt und solche zu sexueller Belästigung oder physischer Gewalt am Arbeitsplatz lägen nicht vor, so Kraemer. Ihre Auswertung unterschiedlicher Quellen lege allerdings nahe, die Entwicklung genauer zu beobachten: Zwar ist nach der bundesweiten Erwerbstätigenbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und des Bundesinstituts für Berufsbildung der Anteil der Beschäftigten, die sich bei der Arbeit ausgegrenzt fühlen, zwischen 2006 und 2012 von 9,9 auf 8,2 Prozent gesunken. Doch der WSI-Betriebsrätebefragung zufolge müssen Arbeitnehmervertreter häufiger gegen Mobbing einschreiten: 2005 gab knapp ein Drittel der Betriebsräte an, sich mit entsprechenden Fällen befasst zu haben, 2011 mehr als die Hälfte.

Physische Gewalt am Arbeitsplatz sei für manche Berufsgruppen ein erhebliches und tendenziell zunehmendes Prob-

lem, stellt die Wissenschaftlerin fest. So wiesen die Arbeitsunfähigkeitsdaten der Gesetzlichen Unfallversicherung aus, dass die Gewalt durch Dritte zumindest im Krisenjahr 2009 zugenommen hat. Vor allem allein Arbeitende wie Kurierere, Angestellte von Tankstellen oder Spielhallen oder Taxifahrer

Mobbing steht häufiger auf der Tagesordnung

Von den Betriebsräten hatten sich in den vergangenen zwei Jahren mit Mobbing befasst ...



Quelle: WSI 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

sind Kraemer zufolge gefährdet: Laut Bundeskriminalamt ist die Zahl der Raubüberfälle auf Angehörige dieser Berufsgruppen gewachsen.

In Konfliktsituationen mit Dritten würden insbesondere solche Berufsgruppen hineingezogen, die selbst unter hoher Arbeitsbelastung stehen und mit frustrierten Kunden zu tun haben, konstatiert die WSI-Forscherin. Eine Studie zu den Arbeitsbelastungen in Jobcentern kam 2010 zu dem Ergebnis, dass ein Fünftel der dortigen Mitarbeiter schon einmal Opfer eines tätlichen Angriffs oder einer Belästigung war. Der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege zufolge war Gewalteinwirkung 2007 für fast 1.600 Unfälle von Krankenschwestern oder Pflegern verantwortlich und damit die zweithäufigste Unfallursache. 222 von den erfassten Vorfällen betrafen Konflikte unter Kollegen, den Löwenanteil machten Übergriffe durch Patienten aus.

Insgesamt, so das Resümee der WSI-Expertin, sei mehr Aufmerksamkeit vonseiten der Politik und der Forschung wünschenswert. Als einen ersten wichtigen Schritt empfiehlt sie, für die Erhebung repräsentativer Daten zu sorgen. ◀

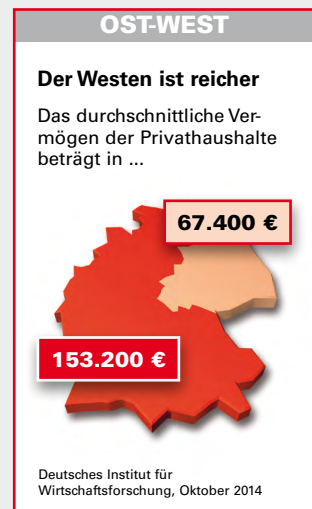
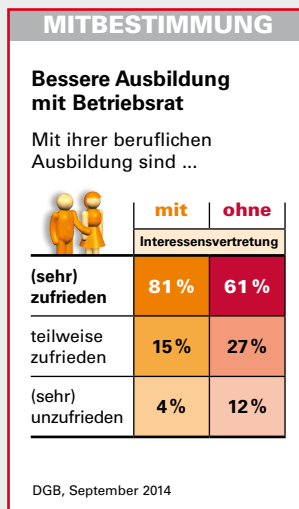
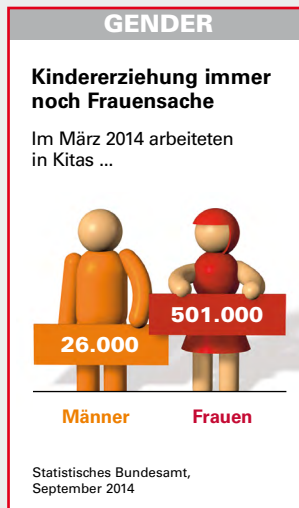
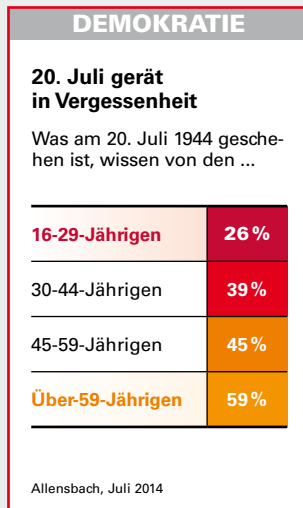
* Birgit Kraemer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im WSI. Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Katja Wolf;
 E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon: 02 11 / 77 78-286, Fax: 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **VERTEILUNG:** Weltweit ist der Reichtum auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Von Mitte 2013 bis Mitte 2014 haben die Vermögen um 8,3 Prozent oder 20 Billionen US-Dollar zugenommen. Damit verfügen private Haushalte derzeit über 263 Billionen Dollar – die extrem ungleich verteilt sind: 116 Billionen entfallen auf Millionäre (0,7 Prozent der Weltbevölkerung), weitere 109 Bil-

lionen auf Personen, die zwischen 100.000 und einer Million Dollar besitzen (7,9 Prozent der Bevölkerung). Menschen mit weniger als 10.000 Dollar (70 Prozent der Bevölkerung) kommen zusammen nur auf knapp 8 Billionen. Das geht aus einer Untersuchung der Schweizer Großbank Credit Suisse hervor. Im vergangenen Jahr sind die Vermögen so stark gestiegen,

wie die Finanzspezialisten es noch nie zuvor beobachtet haben. Der Gesamtwert sei nun mehr als doppelt so hoch wie die globale Vermögenssumme im Jahr 2000. Als Hauptgrund für die jüngsten Zuwächse nennen sie gestiegene Börsenkurse. Der größte Teil des Vermögens konzentriert sich mit 91 beziehungsweise 85 Billionen Dollar in den USA und Europa.

Zugenommen hat auch die Zahl der sehr, sehr Reichen. Sie zeichnen sich durch ein Vermögen von wenigstens 50 Millionen Dollar aus. Weltweit soll es etwa 128.000 von ihnen geben. 5.500 davon leben in Deutschland. Hinzu kommen knapp zwei Millionen „einfache“ deutsche Millionäre. Credit Suisse, Oktober 2014

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 6. November

bestellen unter boecklerimpuls.de